

Wilhelm Leutert

Seine alte Heimat und seine Freunde
suchten ihm eine letzte Ruhe zu
gewähren. Ein großer Trauerzug
zog durch die Straßen der Stadt.

Der ehemalige Oberstleutnant und General

Wilhelm Leutert

wurde wie alle anderen Helden und Veteranen
seiner alten Heimat bestattet. Seine Freunde
suchten ihm eine letzte Ruhe zu gewähren. Ein großer Trauerzug
zog durch die Straßen der Stadt.

Der lieftauernde Sohn G. Seutter
und Geschwister
nebst allen Angehörigen.

Dößig, den 18. Juni 1919.

Nachruf.

Infolge Unglücksfalls verließ am Sonn-
abend plötzlich und unerwartet unser lieber
Jugendfreund, der ehemalige Obermatrose

Wilhelm Leutert

Kanonier d. 3. Batt. d. Grenz.-Art.-Reg. Nr. 2.

Tiefe Trübsinn rufen wir ihm ein
"Ruhe sanft" in sein fröhles Grab nach.

Ehre seinem Andenken!

Dößig, am 19. 6. 1919.

Gedächtnis von der Jugend zu Dößig.

Wir trauern tief mit Deinem Lieben,
Du warst als Freund uns lieb und wert,
Als einziger Trost ist uns geblieben:
Du standst als Held, von uns verehrt.

Dank.

Nachdem es uns vergönnt war, den teuren
Sohn aus unseres so jäh im blühenden Alter von
24 Jahren aus unserer Mitte gerissenen lieben
Sohn und Bruders, des Bahnarbeiter

Heinrich Martin Döring

zu bergen und hier zu bestatten, ist es uns herzen-
bedürftig, für die vielseitige und außergewöhnliche
Teilnahme an unserem so schweren Verluste hier
mit zu danken. Herzlichen Dank zunächst den Ein-
wohnern, die uns bei der Aufsiedlung und Bergung
des Leidens sehr hilflich waren. Herzlichen Dank
allen Nachbarn, Freunden und Bekannten für den
reichen Blumenstrom, die zahlreiche Begleitung
zur letzten Ruhestätte, den ergebenen Gefang und
die zu Herzen gehenden Trostworte. Besonderen
Dank den Arbeitskollegen des Bahnmeister Riesa,
dem Arbeiterverband, Ortsgruppe Görlitz, dem
Arbeiter-Bahnhofverein und Ältestenrat Lü-
tzenau und Borsig. Letzter Dank aber der
Jugend und den Schulkameraden in Görlitz und
Lübbenau für die an Ostern so reiche Teilnahme
und Liebe, die sie ihrem verstorbenen Jugend-
gefährten und uns erwiesen haben. Gott lobne
allen diese Freunde.

Die aber, Du Unvergängliche, von uns allen
so innig geliebter Sohn und Bruder, ruhen wie
ein "Ruhe sanft" in Dein alljährliches Grab hinab.

Görlitz, den 19. Juni 1919.

Die schwergeschrägte Familie Karl Döring.

Im blütigen Alter, der so grausam gemület,
hat der Herr — wie ein Wunder — Dein Leben behütet.
Und nun in der Heimat des Friedlichen Todes
Ruft er Dich ab, um im Grabe zu ruhn.
Dein Tod erschüttert das Herz und so leidet;
Wie wenn aus das bittere Sperren nicht rede!

Buchsführer zum Grabe unseres lieben,
Kleinen, unvergänglichen

Karl Heinz

Sagen wir Hochstach allen Verwandten und Fre-
unden für die vielen Beweise begeisterter Zel-
ligkeit und für den reichen Blumenstrom unseres
herzlichen Dank.

Sucht zuletzt Dank vom Herrn Peter Becker
für die reichenden Worte am Grabe.

Oschatz, 19. 6. 1919.

Karl Windfuhr und Frau
Riesa, den 19. Juni 1919.

Wiederholung der Feier zum 20. Juni:
Von 10 bis 12 Uhr, 12 bis 14 Uhr:
Gebühren 2.50 Mk. in 5 Alten.

Der Künstler des Weißertheaters

Ernst Schmid.

Um 12 Uhr, Kasse, Bistro, bei Dr. Max. Riesa.

Verleihungsanordnungen

Montag, Freitag, den 20. u. 24., abends 8 Uhr Große

Großtheater.

U. 21. 1919 Riesa, Freitag, den 20. 6., abends 10.30 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 21. 6. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 24. 6., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 25. 6. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 28. 6., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 29. 6. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 1. 7., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 2. 7. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 8. 7., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 9. 7. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 15. 7., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 16. 7. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 22. 7., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 23. 7. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 29. 7., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 30. 7. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 5. 8., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 6. 8. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 12. 8., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 13. 8. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 19. 8., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 20. 8. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 26. 8., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 27. 8. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 3. 9., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 4. 9. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 10. 9., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 11. 9. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 17. 9., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 18. 9. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 24. 9., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 25. 9. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 1. 10., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 2. 10. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 8. 10., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 9. 10. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 15. 10., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 16. 10. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 21. 10., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 22. 10. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 28. 10., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 29. 10. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 4. 11., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 5. 11. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 10. 11., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 11. 11. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 17. 11., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 18. 11. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 24. 11., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 25. 11. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 1. 12., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 2. 12. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 8. 12., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 9. 12. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 14. 12., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 15. 12. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 21. 12., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 22. 12. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 28. 12., abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 29. 12. 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 4. 1. 1919, abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 5. 1. 1919 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 11. 1. 1919, abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 12. 1. 1919 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 18. 1. 1919, abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 19. 1. 1919 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 25. 1. 1919, abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 26. 1. 1919 10 Uhr.

Montag, Freitag, den 1. 2. 1919, abends 8 Uhr

Verleihung im Welt-Archiv. Eröffnung 10 Uhr.

Wiederholung am 2. 2. 1919 10 Uhr.

Montag, Freitag

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Wochenschrift und Zeitung: Sonder & Winterlich, Riesa. Herausgeber: Gustav Winterlich. Redaktion: Dr. Eduard Schmitz, Riesa; Dr. Engelhardt, Wittenberg; Dr. Stöckel, Berlin.

J. 138.

Donnerstag, 19. Juni 1919, Abend.

73. Jahrg.

Was wird nun?

Zus Berlin wird uns geschildert: Bald gleichzeitig mit der Rückkehr des Grafen Brodorff-Ranckau aus dem Stein egen von Verailles vertritt sich in Weimar und Berlin die Aussöhnung, die deutsche Delegation steht geschlossen auf dem Standpunkt, den Friedende trug nicht zu unterschreiten. Das ist unter dem ersten Krieg auf, namentlich der schamlos auferlegenden Zone der Mantelnote, durchaus begründet. Aber schon die Erklärung des Herrn Scheidemann unmittelbar nach Empfang der ersten Deutschen aus Verailles, noch bevor unsere Delegation abgereist war, ließ ganz deutlich erkennen, daß die Regierung sich ihrer überaus hofften und konzentrierten Vage bewußt ist und nicht daran denken kann, sich von Gefühlsmomenten und Aufwallungen an sich bestimmt und berechtigter Einsicht indirekt und Empfehlungen ein zu lassen. Sie will, er läßt sich stemmen, ohne Rücksicht auf stilistische Ungesogenheiten und tatsächliche Grobheiten rein sachlich den Inhalt und die Tragweite der von der Entente vorgetragenen Befreiungen und danach ihre Ausübung der Nationalversammlung, die Freiheit zu ammen e'en soll, zur Grundlage der weiteren Entwicklung unteibr it n. — In welcher Stellung die Debatte allenfalls gehen soll, versteht ein Artikel des "Vorwärts" der als anerkanntes Regierungorgan offenbart die Meinung gewis: leitender Kreise widerstreift, wenn er einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen Unterzeichnung und Unterdrückung gründet in der Berufung an das ganze Volk, in einem Plebiscit erbliebt. Die Regierung könnte, so meint der "Vorwärts", der Entente erläutern, daß sie die Verantwortung für eine folgenlose Unterzeichnung, wie Unterzeichnung oder Vertrag genau des Friedens nicht zu tragen vermag und deshalb eine Friedenserlängerung für notwendig erachtet, um eine Volksabstimmung herbeizuführen. Vertrügt die Ente die neue Frist, so legt sie sich selbst ihren eigenen Völkern und ihren feindlichen Verbündeten Grund ä'en gegenübe' und Unrecht und dann könnte man mit einer Art Rechtsüberwachung der Gesetzlichkeit und die Unterdrückung vollziehen.

Nun ist es ja für jeden politisch denkenden Menschen ohne weiteres klar, daß die Dinge so und nicht anders kommen müssen. Es wäre gar zu läudlich, anzumachen, daß die Entente uns ein Ultimatum von sieben Tagen stellt, um es dann auf ganz unbestimmte, jedenfalls auf längere Zeit — mindestens doch auf 14 Tage, denn vorher wäre ja eine Volksabstimmung gar nicht mögl. ist! — zu verlängern. Die Entente hat Eile, mit uns ins Reine zu kommen, schon ihre ungern ihres und täglich unerträglicheren inne en Vage wegen. Sie hat ja überdies noch eine Fülle von Problemen zu lösen, die ungemein verzwickt sind und unendliche Feinde von Konflikten und Spannungen in sich schließen. Das drängendste Problem ist aber Deutschland, und wenn Herr Scheidemann jetzt mit dem Vorwurf einer Volksabstimmung kommt, so ist die Antwort zweifellos ein Söhne ihres Absatzenden und der Befehl zum Vormarsch im Osten und Westen, die Belagerung des Ruhrgebietes und der strittigen östlichen Landstriche. Ob wir dann unter den gegebenen Umständen Volksabstimmungen vornehmen oder nicht, wird der Entente höchst gleichheit in ein, das wird sie vollständig. Der Herr Scheidemann über a sen in einer ersten Runde M ja nicht zu denken, und nur ein solcher könnte allemal die Abneigung der Ententeböller gegen die Fortsetzung des Blaubergeriehens, gegen ein erneutes Auflösen des Krieges zu einem fast ängstigen Eingreifen, zu einer aktiven Opposition gegen den schrankenlosen Fazie tausend ihrer Führer entlocken. Ein in Italien der Spartakusgang in das Innere Deutschlands, der seinem Endlichen Soldaten das Leben kostet, wird keinen einzigen Sozialist in Frankreich, in England oder sonstwo außerhalb Deutschlands irgendwie auf egen.

Ein we entliches Moment von unschönerem Tragweite te wäre ja freilich der moralische Überstand. Aber die unerträgliche Voraussetzung dafür wäre die innere Einheit und Geschlossenheit. Diese Voraussetzung ist jedoch bei uns leider nicht gegeben. Die täglichen Kämpfe in den Kämpfen der Industriegesellschaften, die eben als Verbrechen brandmarken, die auch nur den Gedanken der Richtlinien schwächung in Erwägung ziehen, bewirken zur Genüge, daß die schweren inneren Feinde uns zu bestreiten sind, wenn die Regierung ihre Unterdrückung verwirkt. Die große Weise schaut sich nach dem Frieden und denkt nicht mehr an das Morgen. Gewiß gibt es viele etc., die anders empfinden, aber sie sind nicht stark genug, die rüde idiosyncrasie Schar der Kommunisten und Spartakisten wirklich im Raum zu halten. Das weiß die Entente genau so gut wie wir. Sie hat nicht umsonst die große Schar ihrer Agenten in Berlin, die sogar mit befann ein Berliner Sozialisten konspielen und neue Ministerlisten aufstellen.

Man muß sich über unsere heutige Vage klar sein und die Konsequenzen überdenken, ohne weibliches Bagat und Klagen. Wir haben uns — in kühnlichem Vertrauen auf den Helmütz des Herrn von Walde — in eine überaus Vage der Ölfliege hineingesetzt und müssen nun die Folgen tragen. Das ist ungemein schmeichelhaft für uns und die ganze Nation, aber alle Nebenländer und Bevölkerungen und Ausländer, wie etwa von der Hand, die verborgen muß, wenn sie diesen Vertrag unterschreibt, helfen darüber nicht hinweg. Für uns bleibt nur eine Hoffnung — die ferne Zukunft!

Über die Grundzüge der gesetzlichen Antwort

ist folgendes zu bemerkern: An dem Böllerbund denkt man wird nichts geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Böllerbund erst eine Art Probezeit durchmachen und wenn es keine Verantwortung beobachtet und Gewähr für sein Wohlgefallen gab, soll nichts mehr im Vorgehen, daß es in nicht all zu ferner Zeit in den Böllerbund aufgenommen wird.

Inbeszug auf die territorialen Fragen wird nichts geändert an den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsass-Lothringen und Deutschösterreich. Beßiglich Westphalia, Danzig und Olpe u. s. w. wird nichts geändert. Nur die Garantie für den Eisehain durchaus e' leut d. c. werden nach Ostpreußen und Westpreußen gelegt werden. Eine Abgrenzung zu Gunsten Deutschlands ist insofern aufgestanden, als nicht mehr gewisse Teile Pommerens in das polnische Gebiet fallen sollen. Für Oberösterreich soll eine Volksabstimmung in einer später festzulegenden Zeit erfolgen. Bis dahin wird das Land von alliierter Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zu Gunsten Deutschlands ausfällt, sollen gewisse Garantien für den Besitz des oberösterreichischen Teiles gefestigt werden. In Schleswig ist auf den Antrag von Dänemark die Befreiung, die südl. Abstimmungszone fallen gelassen worden.

In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt.

Inbeszug auf den Außenhandel und die Wirtschaft sind keinerlei Konzessionen gemacht. Das gleiche gilt für die Grundlage unserer Gewerbeverfassung. Nur wird in dem Memorandum ausdrückt, daß Deutschland innerhalb vier Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, seine Befreiung zu machen. Aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine neutrale Initiative über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine deutsche Kommission neben der Commission des reparations wird zugelassen, behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Commission, aber bindende Entscheidung hat allein die letztere zu lassen. Dagegen wird festgestellt, daß die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Angewirkung der Commission des reparations in die deutsche Verwaltung befehlen. Jedoch kann die gegnerische Kommission unter Budget prüfen und Reichsbanknoten freigeben. Zusätzlich wird erklärt, daß eine unmittelbare Annahme in die Verhältnisse einzelner Fabrik nicht stattfinden soll. Unter ganzes See- und Flottenmaterial und unter ganze Handelsflotte wird nicht ausgesetzt. An den allgemeinen Handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall, seiner Teilnahme in den Böllerbund, die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugeschlagen. Das Memorandum entält lediglich programatische Erklärungen, daß die alliierten Mächte zu gegebener Zeit diese Fragen prüfen wollen.

Neu ist ein besonderer Vertragsentwurf über die Belebung des rheinischen Gebiets. Die Freiheit der Belebung werden nicht gründet, sondern nur im engsten bestimmt, wie das Gebiet während der Belebung verwaltet werden soll. Eine Rheinländerkommission, bestehend aus je einem Vertreter von Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, steht als Vertreter der gegnerischen Mächte gegenüber Deutschland an der Spitze der Zivilverwaltung. Sie hat gesetzgebende Gewalt nur für die Frage der Unterhaltung, Sicherheit und Bedürfnisse der Belebungstruppen. Im übrigen liegt die ganze Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden. Es bleiben auch die deutschen Gerichte. Die deutschen Rechte unterstehen auch der deutschen Zentralregierung. Die gesetzlichen Belebungstruppen behalten das Recht der unmittelbaren Rekurrenz und zwar nach den Grundzügen der Haager Neutralitätserklärung. Das Verordnungs- und Verkehrsministerium, Post, Telegraph und Eisenbahnen muß den Belebungenstruppen folgen, sofern diese zu militärischen Zwecken e' teilt werden.

In den Staatsfragen sind Zugeständnisse gemacht, die zum Teil der Bedeutung nicht entbehren. Die Wiederaufstellung des deutschen Staates im feindlichen Ausland soll nur soweit Platz greifen, als sich dieses Eigentum der Friedensschluß bereits im feindlichen Ausland befindet. Auch ist das Wiederaufstellungsverfahren in den an Polen und Dänemark abzutretenden Gebieten zu Gunsten der deutschen Besiedlungen gestaltet, fernher wird die Überlegung aufgenommen, die sich die Alliierten für die Einführung des Gleatungsstaates habend vorbehalten haben, von 8 auf einen Monat herabgesetzt. A h in der Behandlung des gewerblichen Schutzes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht.

In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Kommission eines Vertreters, deren drei erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Commission für Ausarbeitung einer neuen Donau-Donaubahn beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Beim Bau des Rhine-Danube-Schiffahrtsweges soll und nicht mehr einseitig vorgeschrieben werden, was wir bauen sollen. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Kieler Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Endlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden.

Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon erst zugestanden, aber unter Verlangen, auch die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen freizulassen, wird abgelehnt. In den Militärfällen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst drei Monate lang 200.000 Mann behalten dürfen. Dann soll eine interalliierte Commission zusammenziehen und prüfen, was wir für die nächsten drei Monate mögen haben, und das soll bis zum Ende vom 31. März 1920 so fortgelegt werden. Am diesem Termin muß die Mindestanzahl von 100.000 Mann festgestellt erzielt sein. Festgehalten wird daran, daß wir, um die innere Organisation und Beschaffung unserer Heeresverbände vorzubereiten, loslassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Abschlüsse gemacht werden. Aber irgend eine Bindung dafür, auch eine Frist für die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern ist nicht aufgestanden worden.

Inbeszug auf die Aburteilung des früheren deutschen Kaisers und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß und die Fälle der Personen, die der gegnerischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats festgestellt werden wird. Über das Arbeiterricht wird nur gesagt, daß kein Urteil vorliege, diese ganze Frage nochmal aufzunehmen.

Der Friedensschluß der Nationalversammlung trat Dienstag nachmittag unter dem Vorwurf des Präsidenten Scheidemann zu einer kurzen Sitzung zusammen. Ministerpräsident Scheidemann gab einen lebendig über die französische Montelnote, indem er auf die vorbereitende, folglich schwerere Entscheidung und auf die Ankündigung hinweisen will. Zur Montelnote selbst erklärte er, daß ein abschließendes Urteil noch nicht erzielt, ein vorzeitiges Urteil aber verfehlt sei. In den allgemeinen gegen das deutsche Volk enthaltenen Beschuldigungen sei neu nicht enthalten. Bedauerlich sei, daß das ganze deutsche Volk mit den angeführten Vergehen und Verbrechen belastet werden sollte. Die Begründung, die der vorgebrachten Regelung der Verdächtin im Osten gegeben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlichen Memorandum auf ein wesentliches Entgegenkommen rechnen könnten. Das gäbe auch für die übrigen territorialen Fragen. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung seien vor die folgende Entscheidung gestellt. Niemand dürfe im Zweifel sein, daß unter Volk den schwersten Seiten entgegenlebe.

Pariser Verhandlungen.

"All. Handelsbl." meldet aus Paris vom 16. Juni, daß die begründete Note der Antwort der Alliierten vom Generaldelegierten Georges Billot-Karl verfaßt wurde. Dies ist ein Beweis dafür, daß der Block der Alliierten geflohen bleibt und England keinen gewonnen sei, andere Zugeständnisse zu machen, als die vom Biererat bestätigt. Man habe den Eindruck, daß die Meinungen innerhalb der deutschen Abordnung in Versailles darüber, ob man unterzeichnete

aber nicht gestellt seien. Brodorff-Ranckau fordert kleine zu sagen, Scheidemann möchte sich zu weit vorspielen haben, um jetzt der Unterzeichnung auszuhören zu können. Einheitspolitisches halte man es nicht für unmöglich, daß im Falle der Verweigerung der Unterzeichnung Pariser Verhandlungen direkt Verhandlungen in England anstreben würden, direkt Verhandlungen in England anstreben würden, die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Bindungswillen für Deutschland zu erlangen und zu verhindern Brodorff selbst zur Unterzeichnung nach Versailles zu können hätte. Deutscherheit ist niemals angenommen worden, daß England aus der Entente auscheiden möchte. Deutscherheit ist nie immer der letzten Überzeugung gewesen, daß der englische Imperialismus bis zuletzt bestrebt sein werde, möglichst viele Erfahrungen des Krieges für sich zu sichern.

Ein Urteil über die deutsche Delegation.

Die "Sächsische Zeitung" meldet u. a., daß die deutsche Delegation auf der Rückfahrt von Versailles ein Gutachten ausgearbeitet hat, daß der geprägte Sitzung des Reichstages vorgelegt wurde. Das Kabinett wollte am Nachmittag zu der Ententechristliche Stellung nehmen. Ein besonderes Gutachten der wirtschaftlichen Sachverständigen, die der Delegation beigeordnet waren, kommt gleichfalls zu dem Ergebnis, daß Deutschland den Vertrag in seiner vorliegenden Form nicht unterzeichnen kann.

Die Friedensdelegation ist gestern morgen 6 Uhr mit mehrstündigter Verzögerung in Berlin eingetroffen. Seit 10 Uhr vormittags fand eine Kabinettssitzung statt.

Die Verwaltung des linken Rheinufers.

Berlischer Informationen aus Frankreich folge, wird die Verwaltung des linken Rheinufers einer Interalliierten Überkommission der "Reichsleitung" übertragen werden, in der je ein Belgier, Franzose, Engländer und Amerikaner vertreten sein werden. Ihre Mitglieder werden anderer Orte entsendet. Ihre Mitglieder werden auch die diplomatischen Immunitäten genießen.

Nach gleichlautenden Nachrichten aus dem befreiten Gebiete wurden dort Ankläge verbreitet, monach bei Abschluß der Unterzeichnung des Friedensvertrages und der darauf erfolgten Beschaffung weiterer deutscher Gebiete bis alle waffenfähigen männlichen Deutschen zwischen 17 und 45 Jahren interniert würden.

Die Auslieferung Kaiser Wilhelms II.

"Allgem. Handelsbl." meldet aus Paris: Es besteht kein Zweifel darüber, daß die alliierten Mächte, sowie der Friedensvertrag unterzeichnet ist, von den Biederländern die Auslieferung des früheren Kaisers verlangen werden, um ihn den Friedensbedingungen gemäß vor ein Gericht zu stellen.

Am allgemeinen herrscht bei den englischen Zeitungsbürokraten in Versailles die Ansicht, daß Deutschland unterzeichnen werde, weil es Unruhen vermeiden möchte. In der französischen Presse wird ebenfalls angenommen, daß Deutschland seine Unterwerfung nicht vermehren werde. Die Antwort der Alliierten steht natürlich im Vorbergrunde des Interesses der Pariser Blätter, welche den Vorlaute des Begleitbriefes und eine Indizierung der Deutschen der Alliierten veröffentlichten. Nationalistische Blätter wie "Liberte" und "Unabhängigkeit" bedauern, daß die Alliierten Zugeständnisse gemacht haben, um verhindern Deutschland zu beweisen, daß es unbedingt unterliegen müsse. — Der "Temps" schreibt, daß die Zugeständnisse wirtschaftlicher und finanzieller Art sowie das Zugeständnis bestreitend die Isolation Deutschlands zum Böllerbund wichtiger und wesentlicher seien, als die territoriellen und militärischen Zugeständnisse. Welches auch die Verdienste über Rache einer solchen Politik sein mögen, man könne sie nur dann verkehren, wenn sie als Gegengewicht den absoluten Willen haben. Deutschland zur Unterzeichnung und zur Ausführung seiner Verpflichtungen zu zwingen. Die Neuerungen der sozialistischen Abendblätter sind in einem recht schärferten Tone gehalten. "Populäre" schreibt, daß alle Auslieferungen, welche man gegen den ursprünglichen Entwurf erheben könnte, auch gegen den abgeänderten Entwurf aufrechterhalten werden müssten. Statt eines Verhöldungsvertrages habe man einen Frieden der Freude und Freiheit ausgearbeitet, welcher neuen blutigen Kämpfen die Öffnet.

Die Aburteilung abgelehnt.

Der "Berliner Volksanzeiger" meldet aus Karlsruhe: Der Pariser Vertreter der Basler Nationalversammlung ist abgelehnt: Der Biererat hat soeben den Vorlaute des Böllerbundskommission auf Abholung der obligatorischen Dienstpflicht in allen Staaten und die Verhinderung der allgemeinen Ablösung einstimmig abgelehnt.

Die türkische Abordnung beim Biererat.

Der Biererat unter Biererat Clemenceau hat vorgesehen, wie "Liberte" meldet, die türkische Delegation im Ministerium des Kaisers zu Paris empfangen. Clemenceau führt in einer kurzen Ansprache an sie eine auf: Der Biererat hat der Alliierten das vorgelebt, damit sie den Standpunkt der Türkei über die zukünftige politische Organisation des Landes zur Kenntnis bringen können. Damit Biererat Biererat entschied in längerer Rede, in der er antwortete, daß schwere Verbrechen begangen worden seien. Auch nicht alle Österreicher Christen gewesen. Auch die Moslemmedaner hätten schwer zu leiden. Das türkische Volk sei für die Folgen der jungtürkischen Regierung, die sehr negativ sei, nicht verantwortlich zu machen. Das türkische Reich müsse in seiner Schamkeit erhalten bleiben. Damit Biererat Biererat entschied darauf eine lange Diskussion, in der Biererat und Konstantinopel eingehend dargelegt wird.

Die Kundgebungen in Versailles.

Die Note des Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau über die Vorgänge in Versailles an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Reichskanzler Brodorff-Ranckau hat folgenden Wortlaut:

Paris, 17. Juni 1919. Herr Vorsitzender! Ich habe erfahren, daß im Augenblick der Abreise der deutschen Delegation aus Versailles gekrönen abend Zusammenkünfte an den Türen ihrer Residenz stattgefunden haben und daß die lärmende Zwischenfälle zur Folge gehabt hat. Ich bitte mich, Ihnen mein volles Bedauern wegen dieser verfehlten Würde und den Gegebenheiten der Friedensdelegation zu verhindern. Diese Kundgebungen waren nur infolge der Abwesenheit einer Anzahl von Vollbeamten, die aus Gründen der östlichen Ordnung in der Umgebung von Versailles an eine andere Seite deportiert worden waren, möglich gewesen. Der Präsident des Departements Seine et Oise wird Herrn v. Daniel seine Entschuldigungen vorbringen und wird, wie auch der Polizeikommissar seines Amtes entbunden werden, da sie die Feierlichkeiten aufgehoben hatten. Berechtigen Sie Herrn Vorsitzender Rücksicht meiner ausgedruckten Hochachtung.

Der "Berliner Volksanzeiger" meldet: Das Ministerium der Biererat Friedensabordnung Biererat teilte mit, daß es ausdrücklich der türkischen Botschaft bei der Biererat

